**Nacht-Telegramme.**
(Nur in einem Theile der Auflage.)

**Leipzig**, 20. Jan. Die erste Aufführung der komischen Oper „Die drei Pintos“ von C. M. v. Weber hatte vor völlig ausverkauftem Hause einen glänzenden, unbestrittenen Erfolg. Der 1. Act ist besonders wirksam, frisch, lebendig, dramatisch, in der Wirkung durchschlagend; es erfolgten oft Hervorrufe. Der 2. Act ist lyrisch, weniger dramatisch, von musikalischer Schönheit, jedoch in der Wirkung matter. Der 3. Act brachte wieder grossen herzlichen Erfolg und unendliche Hervorrufe der Darsteller, des Kapellmeister Mahler und des Dirigent.

# Dresdner Nachrichten

33. Jahrgang.
Aufl. 46,000 Exempl.

**Berlin**, 20. Jan. Die „N.-Z.“ meldet: Es ist noch zweifelhaft, ob die erste Berathung des Sozialistengesetzes im Reichstag schon in der kommenden Woche stattfindet; möglicherweise wird sie erst in der übernächsten Woche auf die Tagesordnung gesetzt. Der Reichstag ist augenblicklich noch sehr schwach besucht. Die Verschärfungsvorschläge des Entwurfes stoßen, wie wir hören, selbst innerhalb der beiden konservativen Fraktionen auf Widerspruch.

**Breslau**, 20. Jan. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Ltr. 100% excl. 50 M. Verbrauchsabgabe pr. Januar 47,50, April-Mai 50,50, Mai-Juni 51,00, do. 70 M. Januar 30,75, Mai-Juni . . . Roggen Jan.-Febr. 115,00, April-Mai 119,00, Mai-Juni 122,00. Rüböl April-Mai 49,00, Mai-Juni . . . Auf unverzollt.

D.R.Patent. Patent-Axt
Vollkommenster selbstthätiger, geräuschloser
**Thürschliesser.**
Fernsprech-Anschluss Nr. **2100.** Prospecte gratis und franco. **18,000** Stück im Gebrauch.
**Curt Heinsius,** Dresden-N., **Tieckstr. 27.**

Dresden, 1888.

Theater- und Maskengarderobe-Magazin I. Ranges
von
**Math. Klemich,** Wilsdrufferstrasse 17, II. und III. Et.
**Dominos** nach neuesten Pariser Modellen in prachtvollen Abendfarben. **Costumes** auf Wunsch nach Maass. Versandt nach auswärts prompt.

Schlossstr. 2, II.

**Rath an Erfinder**
Diese Broschüre ist kostenfrei zu beziehen von
**Patentanwalt Rud. Schmidt, Dresden.**
Bureau für Erwirkung deutscher und fremder Patente.

Haus Café Central

**Glaswaaren**
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
**Wilh. Rihl & Sohn,**
**Neumarkt 11.** **Fernsprechstelle 1119.**

**I. u. grösste Masken- u. Theater-Garderobe** Dominos in vorzügl. Auswahl f. Herren u. Damen. Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt. **Max Jacobi,** Galeriestraße 2, parterre und erste Etage. **Telephon Nr. 389.**

**Nr. 21. Spiegel:** Französisch-italienischer Zwischenfall, Entwurf des Sozialistengesetzes. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Stadtverordnetensitzung, Bau eines stehenden Circus. Gerichtsverhandlungen. **Sonnabend, 21. Januar.**

## Für die Monate Februar und März

werden Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten“ in der Expedition, **Marienstraße Nr. 13,** zu 1 Mark 70 Pfg., für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im deutschen Reichsgebiet zu 1 Mark 84 Pfg., in der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie zu 1 Gulden 54 Kreuzer (excl. Agiozuschlag) angenommen.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Otto in Dresden.

Der Florentiner Rechtsstreit, an sich herzlich geringfügig und deshalb anfänglich von der Presse nur wenig beachtet, hat sich zu einem ernstlichen Zerwürfniß zwischen Frankreich und Italien erweitert. Die Veranlassung zu dem Streite hat unzweifelhaft der französische Consul in Florenz gegeben, welcher es versäumte, die italienische Gerichtsbehörde, wie der Consularvertrag es erfordert, bei der Versiegelung des Nachlasses eines zu Florenz verstorbenen französischen Unterthan aus Tunis, Namens Hussein, hinzuzuziehen. Der Florentiner Friedensrichter verschaffte sich in Folge dessen gewaltsamen Eingang in das französische Consulat, durchwühlte die Papiere des Consuls und nahm das Testament Husseins mit sich. Daraufhin haben die französische und italienische Regierung mehrfache Noten gewechselt. Frankreich begehrte die Strafversetzung des Florentiner Friedensrichters. Italien war anfänglich geneigt, dem Verlangen zu willfahren, da sich jedoch im Laufe der Untersuchung herausstellte, daß der französische Consul durch Eigenmächtigkeit den ganzen Streit hervorgerufen hatte, so verlangte Italien die gleichzeitige Maßregelung des französischen Consuls. Unter gewöhnlichen Verhältnissen und bei einigermaßen gutem Willen beiderseits ließe sich ein so unbedeutender Rechtsstreit schnell in Güte und für beide Theile ehrenvoll schlichten. Wer so denkt, läßt zweierlei außer Acht: die nationale Eifersucht von Franzosen und Italienern und die Leistungen der Pariser Hetzpresse. Diese fordert stürmisch vom Minister Flourens entschiedenes Vorgehen. Der italienische Premier Crispi, sagt „Matin“, benehme sich wie der Minister eines Negerkönigs, den man kräftig an den Ohren ziehen müsse, um ihn zu Verstand zu bringen. Die Franzosen sind als die lungezogenen Kinder der europäischen Politik verwöhnt. Die Schnäbelefälle und der Grenzvorfall bei Raon, wo die deutsche Großmuth bis zur äußersten Grenze ging, haben in den Franzosen den Wahn befestigt, daß alle Welt nach der Pfeife der großen Nation tanzen müsse. Und sie sind nun sehr erstaunt zu sehen, daß man nicht überall so gut wie in Deutschland ist, daß Crispi den Anspruch erhebt, erst bedächtig Recht und Unrecht zu erwägen, ehe er sich zur „Genugthuung“, diesem in französischen Ohren so beliebten Worte, entschließt. Es lassen sich von hier aus nicht alle Einzelheiten des Streitfalles übersehen; dazu bedürfte es einer genauen Kenntniß des Fremdenrechtes in Italien; soviel ist aber klar, daß der Florentiner Prätor nicht ohne Grund die Exterritorialität des französischen Consulats verletzt hat.

Italien befindet sich nicht in der Lage Deutschlands, das als Sieger alle mögliche Zuvorkommenheit und sogar übertriebene Großmuth üben kann, ohne sich etwas zu vergeben. Italien hat vielmehr alle Ursache, sein Ansehen und seine Würde gerade den Franzosen gegenüber auf's Eifersüchtigste zu wahren. Crispi kriecht nicht zu Kreuze, wenn ihm Flourens mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen droht, er erklärt, er würde darauf mit der Entziehung des Exequatur der französischen Consule in Italien antworten. Darauf hin erklären wieder die französischen Zeitungen, daß Frankreich dann alle in seinem Lande wohnenden italienischen Arbeiter ausweisen würde. Das ist aber selbst der französischen Regierung etwas zu starker Pfeffer; sie ermahnt ihre Zeitungen, eine etwas gemäßigtere Sprache zu führen. Ob diese verständige Mahnung Erfolg hat, steht dahin. Die Pariser Hetzpresse ist zu sehr gewöhnt, die Leidenschaften der großen Masse aufzustacheln, als daß sie so ohne Weiteres einlenken sollte. Sie hat sich in die Wuth hineingeredet, daß dem grünen italienischen Königreiche der Großmachtskitzel gründlich ausgetrieben werden müsse. Die Franzosen bilden sich nämlich ein, Italien müsse aus Dankbarkeit für die Bundesgenossenschaft Napoleons nunmehr sich von Frankreich alle Launen gefallen lassen. Italien hat aber bekanntlich die Dienste, welche ihm Frankreich bei der Abschüttelung der österreichischen Fremdherrschaft geleistet hat, reichlich durch Abtretung zweier seiner Provinzen, Nizza und Savoyen, bezahlt. Nur mit Schmerzen trennte sich Italien von diesen seinen Familiengliedern. Der Name „Tunis“ genügt zudem allein, in jedem Italiener die bittersten Gefühle gegen Frankreich wachzurufen. Mit vollendeter Hinterlist hat Frankreich Italien um den Erwerb und Besitz von Tunis betrogen, dieser natürlichsten Colonie, dieses ergiebigsten Hinterlands Italiens. Das Gleichgewicht am Mittelmeer ist dadurch auf's Empfindlichste zum Nachtheile Italiens verschoben worden. Grund genug, daß die Italiener auch in dem geringfügigen Florentiner Streitfalle darauf bestehen, daß sie nicht als der gehorsame Diener der Franzosen erscheinen.

Wie König Humbert bei der jüngsten Eröffnung des Parlaments gesagt hat, steht jetzt Italien stark durch seine Waffen, gesichert durch seine Bündnisse, in der ersten Reihe der Großmächte. Es ist mit Oesterreich und Deutschland ein Bündniß eingegangen, um im Mittelmeer jeden Fortschritt Frankreichs und Rußlands zu verhindern. Die Franzosen wenden diese Thatsachen auf den Florentiner Zwischenfall so an, daß sie behaupten, Herr Crispi sei nur auf Befehl Bismarcks so halsstarrig, Bismarck suche Streit mit Frankreich. Eine haltlose, lächerliche Unterstellung! Wollte Bismarck mit Frankreich Streit beginnen, er hätte es näher gehabt. Man denke nur an die Schnäbelefälle! Einen wirklichen Beschwerdepunkt gegen Frankreich hat Deutschland jederzeit zur Hand: das ist die fortgesetzte amtliche Spionage Frankreichs. Soeben ist, wie aus Straßburg berichtet wird, die Polizei einer ganzen Anzahl von Landesverräthern auf die Spur gekommen. Abermals hat die französische Regierung eine Masse Menschen unglücklich gemacht; das Reichsgericht in Leipzig, Abtheilung für Hoch- und Landesverrath, bekommt neue Arbeit, das Zuchthaus in Halle neue Bewohner. Diese amtliche Spionage Frankreichs in Deutschland ist einer der ärgsten Skandale der Zeitgeschichte. Noch nie hat man aber gehört, daß deshalb Deutschland in Paris Vorstellungen erhoben hätte. Soll denn das aber so fortgehen?

Der Entwurf des neuen Sozialistengesetzes nennt sich die „Verlängerung“ des alten; er sollte überschrieben sein: „Gesetz betreffs Verlängerung und Verschärfung des Sozialistengesetzes und Einführung der Reichsacht.“ Nach wie vor kehrt sich die Presse mit Entschiedenheit gegen letztere Neuerung. Darin begegnen sich aber Gegner und Befürworter des Gesetzentwurfs, daß an die völlige Unterdrückung der sozialdemokratischen Bewegung überhaupt nicht zu denken ist, daß man hierzu ebenso wenig gelangen wird, wenn man das Sozialistengesetz verschärft, als wenn man es wieder aufhebt. Die Frage kann deshalb nur sein: welches System ist vom Standpunkte der öffentlichen Wohlfahrt das empfehlenswerthe, d. h. welches bringt den geringeren allgemeinen Schaden mit sich? Wie sah es denn vor nun gerade zehn Jahren in Deutschland aus, und wie sieht es heute aus? Damals, wo der Sozialdemokratie gestattet war, sich gleich anderen Parteien am öffentlichen Leben zu betheiligen, tobte eine unglaublich wüste Agitation durch das ganze Reich, die täglich auch in den kleinen Ortschaften, wie ja selbst auf dem flachen Lande an Boden gewann und gewinnen mußte, weil sich gerade der naive Theil der Bevölkerung sagte, daß, wenn so etwas erlaubt sei, es doch wohl auch so schlimm nicht sein werde. Heute sieht es ja fest, daß die Sozialdemokratie in ihrer Organisation nicht erschüttert ist, ja hier und da sogar noch Fortschritte macht, daß sie sich aber vergleichsweise doch gewaltig gehindert sieht und namentlich nicht in der Lage ist, auf dem Lande Propaganda zu machen. Man darf keinen Augenblick vergessen, daß man es hier mit einer unversöhnlichen revolutionären Partei zu thun hat. Die Führer derselben und die eigentlichen Macher werden sich niemals in Anhänger einer sozialen Reformpartei umwandeln. Alles, was man erreichen kann, ist, ihre verderbliche Wirksamkeit nach Kräften einzudämmen und zu erschweren, sowie durch den Arbeiterschutz die industriellen Arbeitermassen ihren Verführern abspenstig zu machen. Die „Köln. Ztg.“ empfiehlt nun folgendes Vorgehen: „Der Begriff der Sozialdemokratie ist durch richterliche Entscheidungen heute bereits hinlänglich festgestellt, um in's Strafgesetzbuch übernommen werden zu können, man kennt ihre Ziele — sie mögen eingestanden oder verschleiert werden — wie auch die Mittel, sie zu erreichen, hinlänglich, um sie strafrechtlich zu beschreiben. Wir meinen, es müsse nicht allzuschwer sein, etwa hinter die strafgesetzlichen Bestimmungen, die sich mit dem Aufruhr beschäftigen, diejenigen zu setzen, welche die Umtriebe zum Sturz der bestehenden gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung zu ahnden haben würden. Wenn man so dehnbare Begriffe, wie Beschimpfung der Einrichtung oder Gebräuche einer Religionsgesellschaft, in's Strafgesetzbuch bringen konnte, so wird es doch wohl auch angängig sein, die Sozialdemokratie und ihre Umtriebe ein- für allemal zu treffen. Nach Ansicht der „Nat.-Ztg.“ könnte man die Bekämpfung sozialdemokratischer Ausschreitungen mit voller Zuversicht dem gewöhnlichen gerichtlichen und polizeilichen Verfahren überlassen, sofern man einen derartigen Paragraphen in das Strafgesetzbuch einfügte, ferner behufs Verhinderung der Verleitung desselben durch die Presse die Vorschiebung von „Sitzredakteuren“ unmöglich machte, und endlich die einzelstaatlichen Vereinsgesetze durch einige reichsgesetzliche Bestimmungen ergänzte, welche namentlich Massen-Aufzüge in den Straßen verhinderten und die Auflösung von Versammlungen auch gestatteten, sobald in denselben gewisse mit schweren Strafen bedrohte Vergehen, welche durch das öffentlich gesprochene Wort verübt werden können, vorkommen. Die berechtigte allgemeine Preß- und Versammlungsfreiheit würde dadurch nicht im Mindesten beeinträchtigt.

## Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr.“ vom 20. Jan.

**Berlin.** Der Kaiser empfing das Präsidium des Landtags. In einer Nebenbemerkung drückte er die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens aus, erörterte ferner die Militärnovelle und bedauerte, daß persönliche und finanzielle Anforderungen theilweise erheblicher Natur gestellt werden müßten.

**Berlin.** Der **Reichstag** setzte die Berathung des Etats des Innern fort. Frohme (Soz) beschuldigte die Fabrikinspektoren der Parteinahme gegen die Arbeiter. Die Sozialdemokraten seien keine Freunde von Streiks; das Recht dazu stehe den Arbeitern aber auf Grund des modernen Lohnvertrags zu. Hartmann (cons.) bestritt den Sozialdemokraten das Recht, im Namen der Arbeiter zu sprechen, und dankte dem Staatssekretär für die gemachten Mittheilungen über die Unfallverhütungsvorschriften und die Revision des Krankenkassengesetzes. Er befürwortete die Ausdehnung des Versicherungszwanges auf die Handlungsgehilfen, die allerdings schon aus eigener Initiative auf dem Versicherungsgebiet schöne Erfolge erzielten. Ferner wünscht er eine Organisation, wonach die Gewerbe-Inspektoren mit den Berufsgenossenschaften sowohl, als mit den Justiz- und Polizeibehörden in nähere Verbindung gebracht werden. Die behauptete Zunahme der Kinderarbeit in Sachsen dürfte die Folge des veränderten Zählungsmodus sein. Das Institut der Fabrikinspektoren habe, wie deren Berichte beweisen, eine segensreiche Thätigkeit aufzuweisen (Beifall). Hitze (Centr.) hält die Behauptung von der Zunahme der Kinderarbeit in Sachsen aufrecht. Dieselbe falle namentlich im Vergleich zu den Verhältnissen in den Industriecentren des Rheinlandes auf. Er bedauert die ablehnende Haltung der Regierung zu den Arbeiterschutzanträgen; nachdem sich sogar Baumbach für dieselben erklärt, stehe die Regierung vollständig isolirt. Hoffentlich komme die Revision des Krankenkassengesetzes noch in dieser Session. Staatssekretär v. Bötticher bestreitet, sich geringschätzig über den vom Reichstage beschlossenen Arbeiterschutzentwurf geäußert zu haben. Derselbe enthalte aber Bestimmungen, die in der Praxis nicht durchführbar. Einzelne Bestimmungen des Krankenkassengesetzes seien so reformbedürftig, daß er lieber heute als morgen eine bezügliche Vorlage machte. Was geschehen könne, soll geschehen. Miquel befürwortet die Reichsgesetzgebung zur Verbesserung menschlicher Wohnungen im sanitären Interesse. Auch in das Benutzungsrecht der Räume müsse eingegriffen werden. Das Retentionsrecht der Vermiether sei zu beschränken und das Vermiethungswesen unter Controle zu stellen. Er wolle nicht bestimmte Anträge stellen, sondern nur Anregungen geben. Schrader (freis.) beschwert sich über die Schwierigkeiten, welche den freien Hilfskassen gemacht würden. Staatssekretär v. Bötticher bestreitet solche Schwierigkeiten. Die freien Kassen könnten vor den Zwangskassen nur nicht bevorzugt werden. — Die Weiterberathung folgt morgen.

**Berlin.** Das **Abgeordnetenhaus** hielt heute die erste Lesung des Etats ab. v. Huene (Centr.) fand die Finanzlage günstig, hielt aber den für die Verbesserung der Lage der Geistlichen eingestellten Betrag bez. die in Aussicht genommene Verwendung desselben nicht für ausreichend. Erschlag an Stelle der geplanten Uebernahme eines Theils der Volksschullehrer-Beiholungen auf den Staat Ueberweisung des halben Ertrags der Grund- und Gebäudesteuern an die Gemeinden unter der Bedingung vor, daß diese keine Zuschläge zu der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer in der Regel erheben dürfen. Sattler (nat.-lib.) hätte ein vollständiges Schuldotationsgesetz lieber gesehen, seine Freunde seien aber bereit, der Regierung auf dem vorgeschlagenen Wege zu folgen. Daneben sei die Ueberweisung eines Fünftels der Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden unter Aufhebung der Lex Huene möglich. Rickert (freis.) fand die Finanzlage nicht so rosig. Träger derselben sei nicht der Finanz-, sondern der Eisenbahnminister. Den Erlaß der Schulgelder begrüßen seine Freunde. Mit dem Programme Huenes sei er nicht einverstanden. v. Münnigerode (cons.) erklärt sich für die vorgeschlagene Schuldotation und kündigt einen Antrag auf Verlängerung der Legislaturperiode des Landtags an. Schließlich spricht er sein Bedauern über die Angriffe auf die Conservativen aus, besonders auf das christliche Liebeswerk der inneren Mission.

Die **Berliner Börse** war weniger animirt als gestern. Es waren verschiedene ungünstige Zeitungsartikel signalisirt. Die aus Vittsburg gemeldete Krisis in Roheisen verstimmte. Banken gaben bald nach der Eröffnung nach und waren später sehr still, deutsche speculative Bahnen fest, auch später erhielt sich für dieselben reges Interesse, österreichische Bahnen gut behauptet, Lombarden bevorzugt. Bergwerke wurden niedriger, behaupteten sich dann aber auf ermäßigtem Niveau. Von fremden Renten waren Russen fest. Im Kassaverkehr waren Bahnen gut behauptet und vielfach besser, Banken still, Bergwerke unentschieden, Industriepapiere fest bei mäßigen Umsätzen, deutsche Fonds fest. Privatdiscont 1¾ Proz.

**Frankfurt a. M.**, 20. Jan. Credit 214¼. Staatsbahn 170¼. Lombarden 67¼. Galizier —. Egypter 74,10. 4proc. Ungar. Goldrente 78,00. Disconto 186,90. 80er Russen —. Handelsg. —. Laura —. Behauptet.

**Wien**, 20. Januar. Credit 269,00. Staatsbahn 212,75. Lombarden 85,00. Nordwestb. 153,50. Marknoten 62,27. Ung. Credit 272,50. Fest.

**Paris**, 20. Januar. (Schluß.) Rente 81,20. Anleihe 107,75. Italiener 94,15. Staatsbahn 427,50. Lombarden 182,50. do. Prioritäten —.—. Granier 67½. Egypter 373½. Ottomanen 505½. Neue Anleihe —. Türken —. Fest.

**London**, 20. Januar. Wetter, 11 Uhr 10 Min. Consols 102¼. 1873er Russen 92½. Italiener 95. Lombarden 7½. Konv. Türken 15½. 4proc. fundirte Amerikaner 128½. 4proc. Ungar. Goldrente 76½. Oesterr. Goldrente 87. Preuß. Consols 105. Egypter 73½. Neue Egypter 99½. Garant. Egypter 103. Ottomanbank 10½. Suez-Actien 82. Spanier 66. — Stimmung: Ruhig. — Wetter: Schön.

**Amsterdam**, 20. Januar. Produkten (Schluß). Weizen per März 192, per Mai 194. Behauptet. Roggen per März 105, per Mai —. Behauptet.

**Paris** (Produkten), 20. Januar. (Schluß.) Weizen per Januar 29,30, per Mai-August 29,30. ruhig. Spiritus per Januar 46,25. per Mai-August 46,25. matt. Rüböl per Januar 66,25. per Mai-Juni 66,00. still.

**London**, 20. Januar. (Produkten) Schluß. Getreide ruhig, englischer Weizen unverändert, fremder Weizen und Mehl weichend, Malzgerste gefragt, Mahlgerste, Hafer und Mais fest. — Wetter: Frost.

## Lokales und Sächsisches.

— Se. Majestät der **König** nahm gestern Vormittag die Vorträge der Herren Staatsminister und Departementschefs, sowie des Herrn Geheimen Rath Bär entgegen, ertheilte darauf einige Audienzen und präsidirte später einer Sitzung des Königl. Gesammtministeriums.

— Bei Ihren **Königl. Majestäten** fand vorgestern größere Familientafel statt, an welcher an der Seite seines erlauchten Vaters und seiner Geschwister auch Se. Königl. Hoheit Prinz Friedrich August zum ersten Male seit seiner Wiedergenesung Theil nahm. Zu der Königl. Tafel waren auch das Gefolge der Majestäten und Prinzlichen Herrschaften geladen.

— Se. Königl. Hoheit **Prinz Georg** begab sich vorgestern Mittag in Begleitung einer Anzahl höherer Offiziere nach Freiberg zur Bewohnung der feierlichen Ueberreichung des kürzlich hier ausgestellten Bildnisses Sr. Majestät des Königs an das dortige Jägerbataillon Nr. 12 zur Erinnerung an die Schlacht bei St. Quentin. Im Gefolge Sr. Königl. Hoheit befanden sich die Generallieutnants v. Carlowitz, Generalmajor v. Hodenberg, Generalstabschef v. d. Planitz, die Obersten Graf v. Holtzendorff, v. Schönberg, Schuster, v. Schönberg, v. Raab und v. Tieritzsche, Oberstlieutnant v. Zeschwitz, die Majore v. Seydewitz und v. Hausen nebst dem Adjutanten Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Friedrich August, Hauptmann v. Wagner, und eine Reihe anderer Offiziere. Auf dem Bilde ist Se. Majestät der König als Chef des Bataillons gemalt und ist das Bild dadurch eine besonders werthvolle Erinnerung an die Zeit, in welcher Se. Majestät als Kronprinz von 1867 bis 1873 als Chef dem Bataillon angehört hat. Das Bild, welches im Offizierskasino aufgehängt ist, bildet ein Pendant zu dem Bilde Sr. Hoheit des Herzogs von Sachsen-Altenburg, dem gegenwärtigen Chef des Bataillons, welcher sich durch einen persönlichen Adjutanten hatte bei der Feier vertreten lassen. Der gegenwärtige Commandeur des Bataillons, Oberstlieutnant Frhr. v. Hausen, erinnerte bei der Festrede an die vielen Gnadenbeweise, welche das Bataillon von Sr. Majestät dem König erhalten und besonders an das huldreiche Versprechen Sr. Majestät, welches derselbe bei Gelegenheit des Rückzugs aus der Schlacht von Königgrätz dem Bataillon unter dem Commando des gegenwärtig als General der Infanterie verabschiedeten Oberstlieutnant Nehrhoff v. Holderberg gegeben hatte. Se. Majestät sah damals das tapfere Verhalten des Bataillons unter schweren Verlusten aus nächster Nähe, blieb bei dem Bataillon bei dem Rückzuge und gab demselben die Zusicherung, daß er dessen tapferes Verhalten nie vergessen werde. Im Feldzug 1870/71 hat Oberst Graf Holtzendorff das Bataillon befehligt; spätere Commandeure waren Oberst z. D. v. Schönberg und Oberst von Minckwitz, gegenwärtig Commandeur des Inf.-Reg. Nr. 133. Die Rückfahrt Sr. Königl. Hoheit und des Gefolges nach Dresden erfolgte in den Abendstunden.

— Ihre Königl. Hoheiten Prinz **Georg** und Prinzessin **Mathilde** besuchten gestern die Kunstgewerbehalle und besichtigten das daselbst ausgestellte Historiengemälde „**Kaiser Hadrian**“ von Wenzel Seyward.

— Die **Königin von Dänemark**, welche bei ihrer Ankunft in Leipzig von dem Kronprinzen von Griechenland, sowie dem Prinzen Maximilian von Baden auf dem Bahnhof empfangen worden war, reiste vorgestern mit dem Courierzug der Magdeburger Bahn weiter über Kiel nach Kopenhagen.

— **Landtag.** Den einzigen Berathungsgegenstand für die gestrige Sitzung der 2. Kammer bildete die Position des außeror-